

AStA der Universität Bremen
Universität Bremen
Bibliothekstraße 3, StH
28359 Bremen
Telefon: 0421/218-69733
asta@uni-bremen.de



Bremen, den 19/08/2014

AStA fordert Stopp der Bildungsprivatisierung und Neuaufstellung des Studiengangs Psychologie

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Universität Bremen fordert nach Verabschiedung des Wissenschaftsplans 2020 Rektorat und Politik dazu auf, für eine Neuaufstellung des Studiengangs Psychologie an der öffentlichen Universität einzustehen und die Strukturen der privaten Jacobs University umgehend auf den Prüfstand zu stellen. Bisher gibt es keine Anzeichen für die Überlebensfähigkeit der privaten Jacobs University, während an der Universität Bremen durch die ursprüngliche Fassung des Wissenschaftsplans das bewerberstärkste Fach aufgegeben werden sollte.

"Wenn sich unser Verdacht bestätigt, dass das Sanierungskonzept der privaten Jacobs University in sich zusammenbricht, so muss umgehend untersucht werden, ob der Vertrag zwischen Land, Jacobs University und Jacobs Foundation obsolet geworden ist. Die finanzielle Weiterförderung der Privatuniversität ist besonders im Lichte der drohenden Streichung des Studiengangs Psychologie und weiterer Studiengänge an der Hochschule Bremen nicht hinnehmbar. Wenn der Vertrag nicht mehr einhaltbar ist, so müssen die noch ausstehenden Mittel für eine Generalsanierung des öffentlichen Hochschulsystems freigegeben werden", erläutert Anja Stanowsky, AStA-Vorsitzende.

Die Proteste der Studierenden von Hochschule und Universität hatten zumindest eine Abschwächung der Formulierung im Wissenschaftsplan 2020 in Bezug zur Psychologie zur Folge. Jetzt ist das Rektorat gefragt eine zuständige Kommission zur Neuaufstellung des Studiengangs einzusetzen. Dennoch ist der Wissenschaftsplan 2020 in seiner verabschiedeten Fassung abzulehnen, da die öffentliche Hochschule weiterhin zusammengekürzt werden soll.

"Die Studierenden von öffentlicher Hochschule und Universität haben sich beim Kampf um ein gerechtes Bildungssystem solidarisiert. Deshalb fordern auch wir einen Stopp der Streichungspläne für die Hochschule Bremen. Die durch die Bafög-Übernahme des Bundes frei werdenden Mittel für die öffentlichen Bildungsinstitutionen fallen üppig aus, wobei es verwundert, dass der Senat diese in dubiosen Zukunftsfonds anlegen will. Es wurde nie erklärt, warum die Mittel in Einzelprojekte fließen sollen, anstatt unmittelbar der Lehre und den von der Streichung bedrohten Studiengängen zugutezukommen. Der Verdacht liegt nahe, dass die Etablierung des Zukunftsfonds den Geldfluss an

die öffentlichen Hochschulen lediglich hinauszögert, um etwaige Löcher im letzten Haushaltsjahr der Legislaturperiode zu stopfen. Wir bleiben aufmerksam", ergänzt Jannik Sohn, Referent für politische Bildung und Soziales.